Ä4 Die Balance zwischen Sicherheit und Freiheit wahren

Antragsteller*in: Thomas Dyhr

Änderungsantrag zu V5

Von Zeile 55 bis 62:

6. Über den Preis, den wir gegebenenfalls für mehr Sicherheit bezahlen sollten, müssen wir reden. Schwerwiegenden Grundrechtseingriffen stimmen wir ~~jedoch allenfalls dann zu, wenn sie nachweisbar einen großen sicherheitspolitischen Mehrwert für unsere Gesellschaft bringen. Wir sind sehr kritisch bei Vorschlägen, deren Wirkung im Sinne der Terrorismus-Bekämpfung nicht oder nur unzureichend untersucht sind. Von Maßnahmen wie der flächendeckenden Videoüberwachung und der Schleierfahndung wissen wir bisher nur eines sicher – dass sie Grundrechte verletzen.~~ allenfalls dann zu, wenn sie erkennbar einen großen sicherheitspolitischen Mehrwert für unsere Gesellschaft bringen. Die Terrorbekämpfung wurde und wird in der politischen Debatte nur allzu häufig als trojanisches Pferd genutzt, Grundrechte zurückzudrängen und Maßnahmen in der Gesetzgebung zu etablieren, die normalerweise nicht mehrheitsfähig wären. Dieser Falschspielerei treten wir entgegen. Ebenso treten wir einem gesetzgeberischen Aktionismus entgegen, der nur das Ziel verfolgt, staatliche Handlungsfähigkeit vorzugaukeln, ohne tatsächlich sicherheitspolitischen Mehrwert zu erzielen. Das Ergebnis eines solchen Aktionismus ist ein höherer Aufwand unserer Strafverfolgungsbehörden - Vergeudung von knapp bemessenen Ressourcen, die wir so dringend für wichtige Aufgaben brauchen. Maßnahmen, die sich nicht für die Bewältigung eines klar definierten sicherheitspolitischen Problems eignen, sind per se unverhältnismäßig und damit abzulehnen.

Begründung

Wenn wir über Grundsätze reden, sollten wir einzelne Maßnahmen (Videoüberwachung/ Schleierfahndung) herauslassen. Die Erörterung der Sinnhaftigkeit dieser Maßnahmen folgt den Grundsätzen, sie selbst sind aber keine und sollten auch nicht dazu erhoben werden.

Unser Problem ist die Repressionsspirale eines "immer schärfer", wenn irgend etwas passiert ist und ein weiteres Problem ist der Einsatz trojanischer Pferde in der politischen Diskussion, indem der Terror zur Vorwand genommen wird, Maßnahmen zu etablieren, deren Einführung ohne das Terrorargument wegen ihrer Unverhältnismäßigkeit niemals mehrheitsfähig wäre. Hier sollten wir Ehrlichkeit in der Debatte fordern.

In der ursprünglichen Fassung des Antrags wird gefordert, dass Maßnahmen "nachweisbar" einen sicherheitspolitischen Mehrwert bringen müssten. Den Nachweis wird man bei neuen Maßnahmen nur selten erbringen können, weil die Erfolgsaussicht einer Maßnahme in der Regel eine Prognoseentscheidung ist. Deswegen wird der Begriff "erkennbar" gewählt, der Prognoseentscheidungen ermöglicht. Die an anderer Stelle geforderte Befristung ist der richtige Hebel, untaugliche Mittel zurückzunehmen.

Ein weiteres Problem in diesem Zusammenhang ist auch das weit verbreitete Etablieren von untauglichen Mitteln, um eine tatsächlich nicht vorhandene Handlungsfähigkeit zu demonstrieren. Jedes Gesetz erzeugt Aufwand für seinen Vollzug und man sollte stets im Blick haben, welchen Aufwand eine neue Maßnahme verursacht. Die Ressourcen, die für Unsinn vergeudet werden, stehen für sinnhafte Aufgaben nicht zur Verfügung. Es macht keinen Sinn, mehr Polizisten und

Justizmitarbeiter zu fordern, wenn diese gewonnenen Ressourcen auf der anderen Seite vergeudet werden.